Protokoll

Zur 48. Sitzung des Ausschusses
Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf

Am 03.07.2006

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 18:00Uhr

TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Es sind keine Bürger anwesend.

TOP 2 Feststellung der TO

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 3 Genehmigung von Protokollen

Es liegen keine Protokolle vor.

TOP 4 Mitteilungen und Termine

Es werden keine Mitteilungen gegeben und Termine genannt.

TOP 5 Stand der Wahlvorbereitungen durch das Wahlamt

Frau Krasemann, Leiterin des Wahlamtes, informiert über den Stand der Wahlvorbereitungen durch das Wahlamt. Es werden wieder, wie in den vergangenen Jahren, zwei Briefwahlbüros eingerichtet. Ein Briefwahlbüro hat seinen Sitz in der 26. Etage im BHH. Das zweite Briefwahlbüro wird dieses Mal als Großraumbüro im Rathaus Zehlendorf im Raum C 22/ C 23 eingerichtet. Beide Büros werden ab dem 07.08.2006 von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet und mit jeweils vier Mitarbeitern besetzt sein.

Des Weiteren informiert Frau Krasemann, dass derzeit die Wahlbüros ausgesucht bzw. begangen und die letzten 300 fehlenden Wahlhelfer noch ausgesucht werden.

Im Anschluss beantwortet Frau Krasemann verschiedene Nachfragen. So informiert Frau Krasemann über:

1. die konkreten Vorarbeiten zur Einrichtung der Arbeitsplätze in den Briefwahlbüros,
2. dass bei Bedarf in den Briefwahlbüros kurzfristig ein dritter Arbeitsplatz eingerichtet werden könnte,
3. eine weitere Verlängerung der Öffnungszeiten zum Abend hin personalbedingt leider nicht möglich ist und

4. dass aufgrund von Abstimmungsproblemen zwischen dem Statistischen Landesamt, dem Landeswahlamt und dem Vermessungsamtes noch nicht möglich ist, die Wahlkreiskarten fertig zu stellen.

Die CDU-Fraktion bittet das Bezirksamt sicherzustellen, dass die Anzahl von drei Arbeitsplätzen in den Briefwahllokalen von vornherein gesichert wird, um bei erhöhter Bürgernachfrage dann zügig reagieren zu können.

Des Weiteren verteilt Frau Krasemann pro Fraktion ein Exemplar der Broschüre „Unterlagen für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 17.09.2006“ der Senatsverwaltung für Inneres.

TOP 6 Vorstellung des Konzeptes für die Sprachkurse der VHS

Die VHS-Direktorin Frau Schwarz und die zuständige Fachbereichsleiterin Frau Kennert informieren die Anwesenden über die Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes vom 01.01.2005 und die neue Integrationskursverordnung auf die Arbeit der VHS.

Die VHS beginnt seitdem alle 10 Wochen mit neuen Kursen im Bereich Deutsch als Zweitsprache. Dies macht ein Beratungsangebot rund um das Jahr erforderlich, dem die VHS bereits seit einem Jahr nachkommt. Ebenso werden alle 10 Wochen Prüfungen abgenommen, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Die A1 -, A2- und B1-Prüfungen orientieren sich am erreichten Sprachniveau der Teilnehmer/innen. Insbesondere die B1-Prüfung bringt einen hohen organisatorischen Aufwand mit sich, da hier mit der WBT (Weiterbildungs- Testsysteme GmbH in Frankfurt a.M.) und dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg) besonders eng zusammengearbeitet werden muss. Dazu kommen die Prüfungen in den Orientierungskursen, die den Teilnehmer/innen Kenntnisse in Bezug auf die Kultur, die Geschichte und die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland vermitteln sollen.

Seit der Einführung der Integrationskurse ist zu beobachten, dass sich die Klientel stark verändert hat. Bis dahin war ein großer Teil der Teilnehmer/innen akademisch vorgebildet, es waren meist Studenten/innen und Botschaftsangehörige. Diesen Kundenkreis gibt es zwar immer noch, aber es kommen zunehmend Menschen mit geringer Bildung in die Kurse.

Vor kurzem hat eine Evaluierung des Jahres 2005 stattgefunden. Auch wenn erst 2007 dem Bundestag Bericht erstattet werden muss, so zeichnet sich in einem Bericht der Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration bereits folgendes ab:

1. Es besteht Handlungsbedarf hinsichtlich der Aufstockung der bislang vorgesehenen 630 Std. pro Teilnehmer/in. Nur 40 % bestehen derzeit die B1-Prüfung, wobei sich ein großer Anteil derer, die einen Integrationskurs beginnen, gar nicht erst dazu anmelden, weil sie das entsprechende Niveau nicht erreichen.

Eine Aufstockung der Stundenzahl auf 900 Std. zum 01.01.2007 ist zu erwarten, insbesondere für Frauen, die den größten Anteil der Kunden der VHS ausmachen.

2. Es muss noch stärker nach der Leistungsfähigkeit der Teilnehmer/innen differenziert werden, da es sich zeigt, dass die meisten Teilnehmer/innen das B1-Niveau nicht erreichen können. Die Kurse müssen dementsprechend in verschiedene Lerntempi differenziert werden, um die Chancen der Teilnehmer/innen, das vorgeschriebene Niveau zu erreichen, zu steigern. Kurse in langsamen, normalen und (eher seltener) schnellem Lerntempo müssen angeboten werden. Dies bedeutet eine weitere Aufstockung der Kurse, um diesem Bedarf gerecht zu werden.

Darüber hinaus hat sich die Ständige Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder Anfang Mai 2006 darauf verständigt, ein bundesweit einheitliches Einbürgerungsverfahren einzuführen, das den Besuch eines entsprechenden Kurses und das Bestehen einer Prüfung vorsieht. Dies bedeutet für die VHS, die entsprechenden Kurse vorhalten zu müssen und entsprechende Prüfungen abzunehmen.

Aus diesen Ausführung müssen folgende Konsequenzen gezogen werden:

1. Die Aufstockung des Stundenkontingents von 630 auf 900 Stunden bei wachsender Teilnehmerzahl und die Einführung neuer Einbürgerungskurse machten eine Aufstockung der Honorarmittel erforderlich.
2. Eine neu einzurichtende Sachbearbeiterstelle für den Prüfungsbereich ist erforderlich.
3. Die steigende Kurszahl erfordert die Erweiterung der Raumkapazität der VHS.

Im Anschluss werden aus dem Ausschuss verschiedene Fragen gestellt und wie folgt vom Bezirksamt beantwortet:

- Die Teilnehmer setzen sich aus zur Teilnahme verpflichteten und berechtigten Teilnehmern zusammen. Verpflichtet sind die neu zugewanderten Menschen für die das Gesetz gemacht wurde. Darüber hinaus können die Ausländerbehörde und das Jobcenter zu einer Teilnahme am Kurs verpflichten.

- Aufgrund des fehlenden Bildungshintergrunds und der immensen persönlichen Probleme der Teilnehmer/innen (z.B. Kriegstraumata, Frauen, die in Frauenhäusern leben, Arbeitslosigkeit, Gewalt durch die Ehemänner, Kulturschock nach dem Zuzug in die Bundesrepublik) sind viele in zunehmendem Maße nicht in der Lage, das B1-Niveau zu erreichen (Dieses Niveau wird derzeit in etwa vorausgesetzt, um den Sprachtest für die Einbürgerung zu bestehen.) Es ist bislang nicht geklärt, wie hier verfahren werden soll, da diese Menschen nach der jetzigen Vorgabe des Gesetzes den Integrationskurs nicht abschließen können, was wiederum Folgen für den Erwerb einer Niederlassungserlaubnis oder ihre Einbürgerung hat.

- Differenzierte Lerntempi sind vom Gesetz vorgesehen und erfordern dementsprechend auch unterschiedliche Arbeitsmethoden.

- In den Kursen befinden sich überwiegend Frauen, weil Männer eher Deutsch gelernt haben als ihre Frauen (z.B. im Umgang mit Kollegen). Zudem sind Frauen die klassische VHS-Klientel.

- Ca. 2,8 % der vom BAMF geförderten Teilnehmer wohnen nicht im Bezirk.

- Das BAMF zahlt pro Teilnehmer/in 2,05 € pro Unterrichtsstunde. Dies deckt die Kosten nicht. Eine Zufinanzierung ist erforderlich. Auch hier ist eine Anhebung des Satzes durch das Bundesamt im Gespräch, allerdings höchstens auf 3,00 € , so dass eine vollständige Kostendeckung auch dann nicht erreicht werden kann.

- Von Seiten der VHS gibt es leider keine Förderung von Kindern und Jugendlichen in den Schulen, weil das nicht als originäre Aufgabe der VHS gesehen wird.

Zum Abschluss wird von Bezirksstadtrat Schrader die Frage beantwortet inwieweit weitere Räumlichkeiten im Rathaus Lichterfelde für die wichtige Umsetzung der Integrationskursverordnung geschaffen werden können. Er berichtet, dass nunmehr im Bezirksamt abgestimmt und geklärt wurde, dass die betreffenden Mitarbeiter des Jugendamtes im Juli / August 2007 in die Räumlichkeiten der Beethovenstraße ziehen werden. Demnach ist die 3. Etage des Rathauses Lichterfelde dann frei und könnte wie von der BVV gewünscht, für eine Nutzung der VHS umgebaut werden. Wie von der BVV gewollt hat das Bezirksamt dazu erste Planungen entwickelt und die VHS hat die notwendigen Rücklagen im Haushalt gebildet.

Bezirksstadtrat Schrader betont daher seine Absicht, dass die VHS ab September 2007 die Räumlichkeiten nutzen soll.

Es gibt aber nunmehr in Bezirksamt auch Diskussionen darüber, zu prüfen ob ein Bürgeramtstandort in das Rathaus Lichterfelde zieht und damit als Konsequenz weitere Räumlichkeiten nicht für die VHS zur Verfügung stehen könnten. Jedoch sind die VHS wie auch das LuV Bürgerdienste skeptisch, ob der Standort des Rathauses Lichterfelde aufgrund der schwierigen verkehrlichen Anbindung als Bürgeramtstandort geeignet ist.

Letztendlich werden in den kommenden drei bis vier Monaten noch verschiedene Varianten zu diskutieren sein, so dass eine endgültige Entscheidung zum Jahresende erfolgen wird.

TOP 7 Bericht aus dem Bezirksamt

Zunächst verteilt Bezirksstadtrat Schrader in Kopie ein Schreiben „Informationen über die Hortkostenbescheide“ vom 10.10.2005 und Materialien vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD) über die „Berlin respect games“ an die Fraktionen.

Bezirksstadtrat Schrader berichtet dann, dass das Bezirksamt beschlossen hat zu prüfen, inwieweit der Neubau der Leistikow-Oberschule nach einem Umbau für Verwaltungsdienststellen des Bezirksamtes genutzt werden kann.

Zielsetzung soll sein, dass im Zuge des Auszuges aus dem BHH alle Mitarbeiter in geeigneten Räumlichkeiten und nicht in Büromodulen untergebracht werden müssen. Erste Planungen ergeben, das im 1. und 2. OG ca. 70 Mitarbeiter untergebracht werden könnten. Als Konsequenz ist aber festzuhalten, das damit eine schulische Nutzung dieser Etagen ausgeschlossen sein wird.

Des Weiteren berichtet Bezirksstadtrat Schrader über „Unruhe“ an der Kronach-Grundschule. Die Lehrer haben mehrheitlich beschlossen, das Konzept der gebundenen Ganztagsgrundschule in der Kronach-Grundschule nicht mehr verfolgen zu wollen. Eine Entscheidung in der Schulkonferenz ist aber noch nicht getroffen worden, so dass für das Schuljahr 2006/2007 keine Veränderungen erfolgt.

Bezirksstadtrat Schrader informiert weiterhin, dass nunmehr auch die Werner-von-Siemens Oberschule einen Antrag auf Umbenennung in Werner-von-Siemens Gymnasium gestellt hat. Das Bezirksamt hat diesem Antrag stattgegeben.

Bezirksstadtrat Schrader berichtet des Weiteren über den vorangeschrittenen Bauablauf des Investitionsvorhaben der Sporthalle des Schadow-Gymnasiums/ Beucke-Oberschule. Nunmehr steht auch der Termin der Eröffnung fest, die am 24.08.2006 am Vormittag erfolgen wird. Die Bezirksverordneten werden gesonderte Einladungen noch im August erhalten.

Nach der Berichterstattung wird von Frau Krohm nach der weiteren Zukunft des Schwimmbadstandortes Finckensteinallee gefragt. Hierzu führt Bezirksstadtrat Schrader aus, dass sich der bauliche Zustand der Finckensteinallee in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat. In den vergangenen Monaten fanden, initiiert von den Berliner Bäder Betrieben mehrere Begehungen statt, die den dramatischen Verfall des Schwimmbades aufgezeigt haben. Es ist nunmehr damit zu rechnen, dass dringende Sanierungsarbeiten ausgeführt werden müssen, die zur Folge haben, dass das Bad, je nach Aufwand der Sanierung, zwischen ein bis zwei Jahre geschlossen werden muss. Die notwendige Finanzierung der Sanierungsarbeiten ist nach ersten Aussagen aber noch nicht gesichert. Hier müssen die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und die Berliner Bäder Betriebe nach Möglichkeiten suchen. Eine Schließung hätte für den Schwimmsport aber auch für das Schulschwimmen fatale Auswirkungen, da nur noch die Schwimmhalle am Hüttenweg zur Verfügung stehen würde. Daher hat das Bezirksamt zusammen mit der Sportarbeitsgemeinschaft erste Gespräche mit den Berliner Bäder Betrieben aufgenommen, um Alternativen zu suchen. Im Gespräch sind derzeit eine teilweise Nutzung des Schwimmbadstandortes in der Leonorenstraße und die Öffnung der Schwimmhalle am Sachsendamm für Steglitz-Zehlendorfer Sportvereine und Schulen.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne und die FDP-Fraktion gehen auf die derzeitige Situation an der Kronach-Grundschule ein und erkundigen sich nach der Situation an der Grundschule am Buschgraben und der Lehrerpersonalausstattung (Vertretungsreserve) an der Kronach-Grundschule.

Bezirksstadtrat Schrader berichtet daraufhin, dass die Lehrer an der Grundschule am Buschgraben ebenfalls nicht mit der Personalausstattung der Senatsverwaltung für

Bildung, Jugend und Sport zufrieden sind, aber im Gegensatz zu den Lehrern an der Kronach-Grundschule bereit sind, unter diesen Bedingungen gebundene Ganztagsschule zu organisieren. Bezüglich der Lehrerpersonalausstattung führt Bezirksstadtrat Schrader aus, das nach seinen Informationen der Krankenstand bzw. die Fehlzeiten an der Kronach-Grundschule ähnlich hoch waren wie an anderen Grundschulen bzw. an anderen weiterführenden Schulen in Steglitz-Zehlendorf.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich nach der räumlichen Situation des Hortes der Freiherr-von-Hünefeld-Grundschule und der Kita des Eigenbetriebes am Selerweg, da die Kita-Eltern aufgrund der Mitteilung, dass nunmehr die gesamten Räumlichkeiten für den Hort benötigt werden, unruhig wurden. Bezirksstadtrat Schrader bestätigt das Vorhaben, da die Grundschule weitere Räumlichkeiten für das kommende Schuljahr 2006/2007 an dem Standort Selerweg benötigt. Der marode mobile Klassentrakt wird abgerissen und an dessen Stelle ein Neubau für die Grundschule und den Hort gebaut. Dadurch müssen zusätzliche Räumlichkeiten gefunden werden. Zur Diskussion stand einerseits, Räumlichkeiten im Schulgebäude zur Verfügung zu stellen, andererseits die Räumlichkeiten der Kita zu nutzen. Nach Rücksprache mit dem Kita-Eigenbetrieb ist dann so verfahren worden, dass die gesamte Fläche dem Schulhort zur Verfügung gestellt wird. Dadurch können einerseits die vorhandenen Erzieherstellen des Hortes besser genutzt werden und andererseits auch am Standort Mittelstraße das Personal vom Kita-Eigenbetrieb optimal eingesetzt werden.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion berichtet Bezirksstadtrat Schrader, dass das Gebäude Selerweg 17 im Eigentum des Schulamtes ist. Das Gebäude Selerweg Nr. 19 ist an den Eigenbetrieb gegangen, es werden aber derzeit nur noch vier Räume von dem Kita-Eigenbetrieb genutzt. Die möglicherweise entstehenden Mehrkosten für eine Mitnutzung der vier Räumlichkeiten für das Schuljahr 2006/2007 sind noch nicht abschließend geklärt. Bezirksstadtrat Schrader sichert aber zu, dass eine Berichterstattung in einem der folgenden Ausschusssitzungen erfolgen wird.

Im Anschluss berichtet Frau Weißler über den Fortgang des Einzugs der Stadtbibliothek in die 3. Etage des Einkaufscenters „Das Schloss“. Sie skizziert noch einmal kurz das Raumkonzept und die Unterteilung in Erwachsenenbibliothek, Musikbibliothek, Jugendbibliothek und Verwaltungsbereiche. Sie weist dabei daraufhin, dass die reine Bibliotheksfläche von ca. 3.000 qm^2 dann noch immer eine der kleineren Flächen für eine Bezirkszentralbibliothek ist. Mehrere Bezirke haben weitaus größere Flächen. Es muss auch betrachtet werden, dass in allen Berliner Bezirken die Gesamtflächen für die Bibliotheken wesentlich höher sind als in Steglitz-Zehlendorf, da hier in den vergangenen Jahren mehrere kleinere Standorte geschlossen worden sind.

Frau Weissler verteilt dann an die Ausschussmitglieder einen Ausstattungsplan für die bibliothekarische Fläche und einen Plan über die Verwaltungsräume. Sie führt im Anschluss erneut aus, dass bei der Raumnutzung der Verwaltungsräume die „AllA-Raum“ Beachtung gefunden hat.

Sie weist daraufhin, dass bedingt durch den ungünstigen Grundriss des Einkaufszentrums „Das Schloss“ eine Vielzahl von Räumlichkeiten nicht optimal zu

nutzen sind. So gibt es mehrere innenliegende Räumlichkeiten, die nicht als Büroräume zu nutzen sind. Auch ist ein Teil der Räume so ungünstig geschnitten, das diese nicht immer optimal ausgenutzt werden können (z.B. mehrere Türen). Frau Weissler erklärt sich abschließend bereit, bei dem dann folgenden Rundgang weitere Fragen vor Ort zu klären.

TOP 8 Verschiedenes

Frau Franke-Dressler berichtet, dass sie in dem Artikel über die Leistikow-Oberschule in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.06.2006 „In Zehlendorf sind Schläger fehl am Platz“ falsch zitiert wurde. Das ihr zugeschriebene Zitat ist von ihr nicht abgegeben worden, da es kein Gespräch mit der Autorin Frau Mönch gegeben hat.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

Vorsitzende:	Frau Franke-Dressler
Schriftführerin:	Frau Heink
Protokoll:	Frau Anschütz